

Christus, wie es durch das Konzil von Nizäa verbindlich und bedeutsam auch für uns heute ausgelegt wird, eröffnet uns also einen Weg; es schenkt uns zugleich Licht und Kraft auf diesem Weg in die Freiheit eines neuen und ewigen Lebens. Dieses Bekenntnis ist allerdings keine leicht faßliche Formel, sondern deutet auf das letztlich unfaßbare Geheimnis Gottes, Jesu Christi und des Menschen in seiner Berufung zur Gemeinschaft mit Gott in Jesus Christus. Wer um einer leichter zugänglichen

Deutung willen das Geheimnis auflöst, wird weder Gott noch dem Menschen gerecht.

Das Konzil von Nizäa bezeugt die Menschwerdung Gottes in Jesus Christus und damit die heilshafte Nähe Gottes. Dadurch gibt es die endgültige Antwort auf unsere Fragen nach Gott und nach uns selbst. Auch gegenüber heutiger Ideologien und Utopien bewährt sich diese Antwort, weil sie das Geheimnis Gottes und des Menschen wahr.

Länderberichte

Durch Zugzwang ins Chaos?

Portugal nach dem Staatsstreich (II)

Um die gegenwärtige Entwicklung in Portugal zu verstehen, muß man wohl bis in die *Zeit Salazars* und auf die erste Zeit unter der neuen Herrschaft der Militärs zurückgreifen. Der Staatsstreich in Portugal am 25. April 1974 ist aus einer allgemeinen Unruhe und tiefen Unzufriedenheit in den Streitkräften und der Bevölkerung mit den damaligen Zuständen zu erklären. Die Armee wurde in dem jahrelangen Guerillakrieg in Übersee, den sie nicht gewinnen konnte, aufgerieben. Fast jede portugiesische Familie war von der kriegsbedingten langen Militärdienstzeit und deren Folgen betroffen. Jeden Tag brachten die Zeitungen eine Liste von gefallenem Soldaten, und ein Strom von Verwundeten und Invaliden kehrte in die Heimat zurück. Die Mehrheit der Bevölkerung war dieses Krieges überdrüssig. Auch in den Streitkräften selbst gärte es bereits seit langer Zeit. Es fehlten in den letzten Jahren nur die Initiative und der führende Kopf für einen Umsturz. Die Initialzündung brachte dann General Spínolas Buch „Portugal e o futuro“.

Die kriegsbedingte Unzufriedenheit der Bevölkerung wurde noch durch den dringenden Wunsch nach einer wesentlichen Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse gesteigert. Die Verteilung des Besitzes war nicht gerecht, und das galt besonders im Süden des Landes. Den sogenannten „100 famosas familias“, deren Reichtum oft ein unvorstellbares Ausmaß angenommen hatte, stand die große Masse derjenigen gegenüber, die auf normale Weise nicht einmal das Minimum für eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung ihrer Familien verdienen konnten. Der Staat hielt die Löhne durch gesetzliche Vorschriften niedrig. Nicht selten war diese Lohnfestsetzung weniger durch die Sorge um Erhaltung niedriger Produktionskosten zur Steigerung der

internationalen Wettbewerbsfähigkeit, sondern mehr durch eine ungerechte Gewinnsucht der Besitzenden bestimmt, die einen sehr starken Einfluß auf die Gesetzgebung und Verwaltung hatten.

Krankheit bedeutete wegen der unzureichenden oder überhaupt fehlenden Sozialversicherung häufig, auf die Gnade und das Mitleid anderer angewiesen zu sein. Zum Beispiel kannten die Landarbeiter bis vor einigen Jahren überhaupt keine Sozialversicherung, und die Haushalts-hilfen besaßen eine solche zur Zeit des Umsturzes immer noch nicht. Die bestehende Sozialversicherung für andere Berufszweige war in aller Regel schlecht. Diese allgemein ungünstige wirtschaftliche Situation der großen Masse wurde durch die Ungerechtigkeiten einer veralteten und bürokratischen Verwaltung noch verschärft.

Für den überwiegenden Teil der Bevölkerung gab es aus der schlechten wirtschaftlichen Situation, in die man hineingeboren wurde, kein Entrinnen. Die Möglichkeiten des Aufstieges waren äußerst beschränkt. Wer kein Vermögen besaß oder nicht von Familienangehörigen unterstützt wurde, konnte sich kaum durch eine bessere Schul- und Berufsausbildung emporarbeiten. Die Löhne der breiten Masse reichten, wenn überhaupt, nur zum Leben. Besonders im Süden des Landes, wo große Latifundien nur wenigen Familien gehörten, war die soziale Ungerechtigkeit sehr groß. Dort wurde nach Einführung der Schulpflicht unter der Regierung Salazar in vielen Fällen von den einflußreichen Familien die Errichtung von Schulgebäuden zunächst verhindert oder verzögert, um sich ein gefügiges Heer von unwissenden Analphabeten für die schlecht entlohnte, harte Landarbeit zu erhalten. Im Norden waren die Verhältnisse wegen des kleinen Streubesitzes in vielen Händen im allgemeinen etwas besser. Wer

diese sozialen Zustände damals anprangerte, wurde von der Geheimpolizei sofort verdächtigt, umstürzlerischen Tätigkeiten nachzugehen.

Die Kirche als Gesamtorganisation hatte diese Zustände bis auf wenige Ausnahmen in der damaligen Zeit nicht öffentlich verurteilt. Die alte Freundschaft zwischen Salazar und dem früheren Kardinal-Patriarchen *Cerejeira*, der in Coimbra sein Studentenzimmer mit dem späteren Diktator teilte, war für die Kirche mehr Belastung als Vorteil, wenn auch die Herzlichkeit der Studienjahre zwischen beiden in den späteren Jahren etwas getrübt schien. Hinzu kamen die Überalterung einer großen Zahl von Bischöfen und die Tatsache, daß bei deren Auswahl sicher auch Gesichtspunkte der Staatsräson eine Rolle gespielt haben. Bis auf den Bischof von Porto, *Antonio Ferreira Gomes*, gab es keine herausragende kirchliche Persönlichkeit, die eine deutliche Trennung des Auftrags der Kirche und der gegebenen Zielsetzung der damaligen Regierung aufzeigte. Es muß zwar gesagt werden, daß neben dem Bischof von Porto, der seine Aktivität für eine politische und gesellschaftliche Bildung in seinem Bistum und sein mutiges Auftreten gegen die Ungereimtheiten der Diktatur mit dem Verbot der Wiedereinreise nach einem Besuch im Vatikan bezahlte, auch eine Reihe von Priestern in Predigten eine größere Gerechtigkeit forderte. Das ersetzte jedoch nicht das Wort der Sprecher der Gesamtkirche Portugals. Hinzu kam, daß die Kirche auch mit Schwierigkeiten kämpfen mußte, die sich daraus ergaben, daß manche Priester sich vor allem deshalb zu diesem Beruf entschlossen hatten, weil sie darin die einzige Möglichkeit sahen, ihrer schlechten sozialen Lage, die durch die materielle Armut des Elternhauses bestimmt wurde, zu entrinnen. Im Süden des Landes hatte die Kirche noch dazu kaum Einfluß. Weite Gebiete der Provinz Alentejo sind praktisch entchristianisiert.

Aus der geschilderten Situation wird verständlich, warum das vorrevolutionäre System am Tage des Umsturzes fast von keiner Seite mehr Unterstützung fand.

Die Aufteilung der Macht nach dem Umsturz

Nach der Übernahme der Macht in Portugal durch das Militär am 25. April 1974 blieb die alte Verfassung vom 11. April 1933 zunächst als Rahmenverfassung bestehen, soweit sie nicht den demokratischen Grundsätzen der „Bewegung der Streitkräfte“ (MFA = Movimento das Forças Armadas) widersprach. Naturgemäß erfolgte jedoch eine grundlegende Umgestaltung der Souveränitätsorgane; denn die alten Strukturen konnten der neuen Situation nicht gerecht werden. Die Lage wurde gekennzeichnet durch eine Verlagerung der Macht von den traditionellen Instanzen auf die revolutionären Organe der Streitkräfte. Nach der am 16. Mai 1974 veröffentlichten Übergangsverfassung waren die wichtigsten Staatsorgane für die

Übergangszeit die Junta, das Amt des Staatspräsidenten und der Staatsrat.

Die Junta war zunächst das entscheidende Machtzentrum. Sie handelte im Auftrag der MFA und bestand aus sieben militärischen Vertretern, die mit Mehrheit zu entscheiden hatten und darüber wachen sollten, daß das Programm der Streitkräfte und die Gesetze eingehalten wurden.

Der Staatspräsident — zugleich der Präsident der Junta — ernennt und entläßt die Minister. Er kann bei Störung der Sicherheit und Ordnung den Notstand erklären.

Der Staatsrat bestand aus 21 Mitgliedern und zwar aus den 7 Junta-Mitgliedern, 7 weiteren Vertretern der Streitkräfte und 7 vom Staatspräsidenten ernannten verdienten Bürgern. Er sollte bis zur Wahl der konstituierenden Verfassungsversammlung Verfassungsgesetze erlassen. Er hatte ein Vetorecht gegen alle wichtigen Gesetzentwürfe der Regierung. Praktisch wurde er eine Parallelregierung zur Provisorischen Regierung.

Die Provisorische Regierung war ein ziviles Ausführungsorgan der Junta ohne Kompetenz in militärischen Angelegenheiten.

Das Programm der „Bewegung der Streitkräfte“ enthielt neben den innen- und außenpolitischen Grundsätzen wie der Garantie des Fortbestehens der portugiesischen Nation in ihrer plurikontinentalen Gesamtheit, der Garantie der freien Meinungsäußerung, der bürgerlichen Grundrechte und der Anerkennung internationaler Verträge auch wirtschafts- und sozialpolitische Zielsetzungen, die auf einen tiefgreifenden Umbruch des vorrevolutionären kooperativen Wirtschaftssystems hinauslaufen mußten (z. B. Streikrecht, Beteiligung der Arbeiter am Betriebsgeschehen, Eingriffsmöglichkeiten des Staates in die wichtigsten Wirtschaftsbereiche, Reform des Bankwesens).

Zur Durchführung dieses Programms wurde von der Junta unter der Leitung des neuen Staatspräsidenten, General *António de Spínola*, am 16. Mai 1974 die *Erste Provisorische Regierung* unter dem liberal gesinnten Ministerpräsidenten *Palma Carlos* eingesetzt. Es war eine Mitte-links-Regierung und setzte sich aus Liberalen, Sozialisten, nichtmarxistischen Sozialdemokraten, Technokraten, Linkskatholiken und Kommunisten zusammen. Die neue Regierung stand vor schwierigen Aufgaben, insbesondere da durch die Euphorie der ersten Wochen der Revolution der Erwartungshorizont der Bevölkerung sehr hoch gesteckt war. Die Hauptprobleme waren:

- die allgemeine Unruhe nach fast 50 Jahren autoritärer Regierungsform, die zahlreiche Wünsche aufgestaut hatte;
- die organisatorische Vertretung der Arbeitnehmerinteressen;
- Streiks zur Erlangung höherer Löhne und zur Entlassung von einzelnen Mitgliedern der Verwaltungsräte oder Geschäftsleitung in den Betrieben;

- zunehmende Inflation (im Januar 1974 bereits 20%, später bis zu 30%);
- die personelle Bewältigung der Vergangenheit.

Das Interregnum Spínola

Die Probleme des Übergangs zu einer Demokratie nutzten Linksradikele von Anfang an zur Verfolgung ihrer eigenen Ziele aus. Die bereits im Untergrund straff organisierte Kommunistische Partei Portugals (PCP) biedernte sich in klarer Erkenntnis der gegebenen Möglichkeiten bei den Militärs als Hilfstruppe zur angeblichen Durchsetzung der Ziele der MFA an, schickte jedoch gleichzeitig andere von ihr abhängige linke Gruppen zur Unruhestiftung und Agitation auf die Straße. Die bereits im Untergrund geschulten Kommunisten begannen sofort Schlüsselstellungen der Macht in der Staatsverwaltung und den Gewerkschaften zu erobern und nahmen jede sich bietende Gelegenheit zur Infiltration der Streitkräfte wahr. Mit großen Demonstrationen wurde die Einheit der Linken beschworen. Auch der Sozialistenführer und Außenminister der Ersten Provisorischen Regierung, *Mario Soares*, setzte sich damals noch für die Volksfront mit den Kommunisten ein. In Lissabon forderten etwa 1000 Linkskatholiken den Rücktritt aller Bischöfe, die sich von dem Salazarregime nicht abgesetzt hatten. Der Ruf nach einem Mitbestimmungsstatus für den katholischen Sender „Radio Renascença“ wurde laut.

Mit Hilfe von Parteimitgliedern und Sympathisanten in den Streitkräften gelang es der PCP zusehends mehr, auf die Willensbildung in den vom Militär beherrschten Staatsinstanzen Einfluß zu nehmen. Ihre taktisch bedingte, nach außen gezeigte volle Unterstützung der MFA von Beginn der Revolution an zeigte bald erste Früchte und das insbesondere deshalb, weil eine Reihe von Offizieren glaubte, sich zunächst allein auf die schlagkräftige PCP zur Durchsetzung der gesteckten Ziele verlassen zu können. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß die Regierung Palma Carlos bereits am 9. Juli 1974 wegen unüberbrückbarer Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Kabinetts scheiterte. Palma Carlos trat zurück, weil er die von ihm geforderten Vollmachten zu einer wohlausgewogenen und effektiven Amtsführung von den herrschenden Militärs nicht erhielt. Auch seine Forderung nach einer vorgezogenen demokratischen Präsidentenwahl war von den Streitkräften abgelehnt worden. Die Entscheidung gegen die Forderungen von Palma Carlos fiel im Staatsrat mit 18 zu 3 Stimmen. Palma Carlos erklärte bei seinem Rücktritt: „Das Land ist am Rande der Anarchie. Die Bedingungen, das Land weiter zu regieren, sind nicht gegeben.“ Straßenunruhen, Eingriffe in Zeitungen, die Besetzung öffentlicher Gebäude durch Bedienstete und Disziplinlosigkeit waren an der Tagesordnung. Neuer Regierungschef wurde Oberst *Vasco dos Santos Gonçalves*. Die *Zweite Provisorische Regierung*, an der

sich Kommunisten, Sozialisten und nichtmarxistische Sozialdemokraten beteiligten, bestand aus sieben zivilen und acht von den Militärs gestellten Ministern. Der kommunistenfreundliche Ministerpräsident *Gonçalves*, dem eine Mitgliedschaft in der PCP nachgesagt wird, erklärte zu seiner vordringlichen Aufgabe die Konsolidierung der Demokratie und die Ausarbeitung einer Streikgesetzgebung. Wie die Entwicklung gezeigt hat, verstand er diese Ziele ganz im kommunistischen Sinn. Sie bedeuteten für den Marxisten *Gonçalves* die Festigung der Macht und des Einflusses der PCP.

Die zielstrebige Arbeit der Kommunisten und ihres Stathalters auf dem Ministerpräsidentensessel blieb nicht ohne Wirkung auf einen einflußreichen Teil der Offiziere. Das führte zu wachsenden Auseinandersetzungen zwischen der MFA und dem Staatspräsidenten, dessen Einfluß dabei abnahm. Der von Natur aus konservative *Spínola* sah sich einer sehr starken weit links orientierten Minderheit von Offizieren gegenüber, die mit oder ohne formelle Parteimitgliedschaft der PCP nahestand oder zumindest sozialistisch dachte. Die Reihen der gemäßigten Offiziere waren durch umfangreiche Säuberungen, die oft nach Kriterien der Kommunisten erfolgten, stark gelichtet. Jedoch auch der im aktiven Dienst verbliebene Teil der gemäßigten Offiziere konnte sich nicht geschlossen mit den Ansichten *Spínolas* identifizieren.

Zur Zurückweisung des kommunistischen Machtstrebens und zur Festigung seiner Stellung rief *Spínola* Ende September 1974 in Lissabon zu einer „Demonstration der schweigenden Mehrheit“ auf. Die Frage der Zulassung dieser von linker Seite als faschistischer Umsturzversuch bezeichneten Demonstration wurde zum Brennpunkt des Machtkampfes zwischen *Spínola* und der Linken. *Spínola* verlor die Loyalität eines größeren Teils der politisch einflußreichen Offiziere. Die Demonstration mußte abgesagt werden. Dafür zogen trotz eines allgemeinen Demonstrationsverbots kommunistische Horden durch Lissabon und feierten ihren „Sieg über den Faschismus“. Staatspräsident *Spínola* trat im Laufe der nachfolgenden Auseinandersetzung zurück, nachdem er keine Möglichkeit mehr sah, den Gang der Dinge in seiner Stellung zu beeinflussen. Den Rücktritt erläuterte er jedoch noch in einer temperamentvollen Fernsehansprache, in der er vor der Gefahr eines Rückfalls in eine Diktatur — diesmal linker Prägung — warnte.

Die Junta wurde am Tage von *Spínolas* Rücktritt von sieben auf drei Mitglieder reduziert. Drei konservative Generäle mußten auf Anordnung des Koordinationskomitees der MFA, das sie in die Junta berufen hatte, aus ihr entlassen werden. General *Spínola* schied ebenfalls aus. Mitglieder der Junta blieben General *Costa Gomes* und die Konteradmiräle *Pinheiro Azevedo* und *Rosa Coutinho*. Nachfolger von General *Spínola* im Amt des Staatspräsidenten wurde der ihm damals noch nahestehende General

Costa Gomes. Am 1. Oktober begann Ministerpräsident Gonçalves mit einer Umbildung der Regierung (*Dritte Provisorische Regierung*).

Der kommunistische Versuch der Machtübernahme

Die Kommunisten hatten in der Dritten Provisorischen Regierung unter Gonçalves ihre Stellung gefestigt. Sie intensivierten nun ihre Aktivitäten zur Infiltration aller staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen, um in bewährter Doppelstrategie — Anbiederung bei den herrschenden Militärs und ihre Unterstützung aus taktischen Gründen sowie gleichzeitig gesteuerte Kundgebungen linker Gruppen zur Einschüchterung der Massen und um den politischen Gegner mundtot zu machen — ihr Ziel der Diktatur des Proletariats zu erreichen. Das Straßensbild von Lissabon wurde von der PCP und ihrem linken Anhang mit Plakaten, Umzügen und Barrikaden beherrscht. Die PCP zeigte sich vorzüglich organisiert und gut finanziert. Die Lage wurde im Laufe der Zeit immer unübersichtlicher. Die traditionellen Staatsinstanzen, Staatspräsident, Staatsrat und Kabinett, verloren ständig an Einfluß. Politiker und Offiziere, die eigene politische Zielvorstellungen hatten und bereit waren, dafür einzutreten, schieden nach und nach aus den politischen Institutionen aus. Die MFA geriet im Laufe der Zeit unter den Druck erheblicher innerer Spannungen, die u. a. auch durch die Frage nach der künftigen Aufgabe der „Bewegung“ hervorgerufen wurden. Normale demokratische Verhältnisse hätten das Ende der „Bewegung“ bedeuten müssen. Die allgemeine unsichere Lage und die Angst vor einem neuen Putsch — von rechts oder links —, die zur Rechtfertigung für den Fortbestand der „Bewegung“ dienten, begünstigten eine Entwicklung, die den Einfluß der politischen Parteien schmälerte und eine Militärdiktatur näherrücken ließ.

Im Februar 1975 institutionalisierte sich die MFA. Neue und umgebildete revolutionäre Organe der Streitkräfte gewannen wachsenden Einfluß. Die wichtigsten Entscheidungen trafen künftig die Führungsgremien der Streitkräfte, bestehend aus dem Rat der Zwanzig, dem Koordinationsausschuß der MFA sowie der Vollversammlung der MFA. Der Rat der Zwanzig war ein Lenkungsorgan der „Bewegung“. Die Vollversammlung bestand zunächst aus 200 Mitgliedern aller Waffengattungen, später nach Aufnahme von Mannschaftsgraden aus 240. Sie hat informativen und beratenden Charakter. Auf Empfehlung des Obersten Rates der Streitkräfte (Rat der Zwanzig) gab der Staatsrat am 10. Februar 1975 der Junta legislative Vollmachten zur Beseitigung der alten vorrevolutionären Strukturen. Einzig die PCP begrüßte in konsequent richtiger Einschätzung der Lage diese Entwicklung. Sie war sich bei einem weiteren Fortschreiten ihrer erfolgreich begonnenen Infiltration der MFA ihres Einflusses, den sie

durch ein Wählervotum nicht erreichen konnte, über eine Anzahl von Angehörigen der Streitkräfte in Schlüsselstellungen und durch die straff organisierte kommunistische Gewerkschaftsarbeit bewußt. Bereits unmittelbar nach dem Umsturz hatten Scharen von kommunistischen Funktionären die Schlüsselstellungen der alten staatlichen Einheitsgewerkschaft, die kein Streikrecht besaß, übernommen und einen neuen Dachverband, die Intersindical, geschaffen.

Ein Putsch, der nicht stattfand

Der *sichtbare Erfolg der kommunistischen Bemühungen* war die im Januar 1975 mit ganz knapper Mehrheit erfolgte Entscheidung der MFA für die Einheitsgewerkschaft. Mit dieser kommunistisch beherrschten Organisation hatte die Linke ein Instrument in der Hand, mit dem sie, je nachdem wie die Taktik es erforderte, das Wirtschaftsleben lahmlegen und ganz erheblichen politischen Druck ausüben konnte oder auch Solidarität mit der herrschenden MFA zu demonstrieren wußte. Im letzteren Fall konnte jedoch gleichzeitig auch wiederum der extrem linke Mob, der zu einem guten Teil über die PCP die Moskauer Gelder erhielt, im Sinne der Doppelstrategie mobil gemacht werden, soweit das der kommunistischen Sache dienlich erschien. Mit dem Land ging es indessen immer mehr bergab. Die Regierungstätigkeit schwand mehr und mehr. Der Staatsapparat war ohne Konzeption. Die öffentliche Verwaltung befand sich in einem desolaten Zustand. Die vorhandenen Fachleute waren entweder aus politischen Gründen entlassen oder so eingeschüchtert worden, daß sie sich nicht mehr engagierten. Die wirtschaftliche Lage verschlechterte sich zusehends (30% Inflation, hohe Arbeitslosigkeit, soziale Unruhe) und wurde besonders durch die Rückwanderung aus den Überseegebieten, Entlassungen aus den Streitkräften, sinkende Gastarbeiterüberweisungen, Kapitalflucht und Liquiditätsprobleme verschärft.

In dieser Situation ist es kein Wunder, daß eine *oppositionelle Strömung* gegen die herrschenden Zustände aufkam. Auch die Streitkräfte blieben davon nicht verschont. Am 11. März unternahmen Teile der Armee, die mit dem Vordringen der Kommunisten in allen öffentlichen Bereichen nicht mehr einverstanden waren, einen Putschversuch. Die Hauptzielsetzung der Putschisten, zunächst die Kaserne des Flugabwehrregiments in Sacavem (Nordrand von Lissabon am Flugplatz) und den Lissaboner Flughafen in die Hand zu bekommen, wurde nicht erreicht. Offiziere des Regiments hatten ohne Erfolg versucht, die Soldaten zum *Putsch* zu bewegen. Die zur Verstärkung der Putschisten aus Tancos, der 100 km nördlich von Lissabon gelegenen Garnison des einzigen Luftlanderegiments, herangeflogenen ca. 40 Soldaten umstellten zwar die Kaserne, verständigten sich jedoch dann mit den heranrückenden COPCON-Einheiten (COPCON = Kontinentales Ope-

rationskommando zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung).

Unbedeutende Teile der Luftwaffe beteiligten sich ebenfalls an den Aktionen der Putschisten. Es fielen einige Bomben in der Nähe des Lissaboner Flughafens, die jedoch keinen großen Schaden anrichteten. Bei der nach außen sehr dilettantisch anmutenden Aktion, für die der im spanischen Bürgerkrieg erfahrene General Spínola später die Verantwortung übernahm, liegt die Annahme sehr nahe, daß irgend etwas nicht planmäßig verlaufen ist. So soll der der maoistischen Linie nahestehende Befehlshaber des COPCON, General *Otelo Carvalho*, das Losungswort für den Aufstand in Erfahrung gebracht und einen Tag vor dem festgesetzten Datum nur einen kleinen Teil der eingeweihten Truppen benachrichtigt haben. Auf diese Weise konnte er militärisch den provozierten Aufstand schnell erledigen und unmittelbar Beteiligte aus dem Verborgenen locken. Es gingen jedoch auch andere Gerüchte über die Ursachen der vorschnellen, unkoordinierten und fehlerhaft durchgeführten Aktion um (z. B. ein unmittelbar bevorstehender Linksputsch).

Nach dem Scheitern des Aufstandes ging General Spínola über Spanien ins Exil nach Brasilien. Er wurde aus der Armee ausgestoßen. Der Putschversuch gab der Linken starken Auftrieb. In der Nacht nach dem Ereignis beschlossen der Oberste Rat der Streitkräfte und die Vollversammlung der MFA einen Obersten Revolutionsrat zu bilden. Er erhielt die Gesetzgebungsbefugnis neben dem künftigen Parlament und ein Vetorecht gegenüber den Entscheidungen einer künftigen Zivilregierung. Der Revolutionsrat war zunächst höchstes Regierungsorgan und ersetzte den Staatsrat. Er bestand aus 24 Mitgliedern und sollte das Exekutivorgan der „Bewegung“ sein. Die oberste Gewalt im Staate sollte von ihm bis zu den Wahlen einer verfassunggebenden Versammlung im April 1975 ausgeübt werden. Der Revolutionsrat verstaatlichte unmittelbar nach seiner Konstituierung die Banken und Versicherungsanstalten und kontrollierte damit weite Bereiche des Wirtschaftslebens.

Der Putschversuch war auch Anlaß einer Kabinettsumbildung, die den Kommunisten einen noch stärkeren Einfluß gab. Ministerpräsident *Gonçalves* nahm die MDP (Portugiesische Demokratische Bewegung), einen Ableger der PCP, in die Regierung auf (*Vierte Provisorische Regierung*). Der Sozialistenführer *Soares* verlor dabei sein Amt als Außenminister, das er an Major *Melo Antunes* abtreten mußte. Er blieb Minister ohne Geschäftsbereich.

Die Wahlen vom 25. April wurden überschätzt

Bei nachfolgenden großen „Säuberungsaktionen“ wurden führende Offiziere, Industrielle und Bankiers verhaftet. Politisch unzuverlässig scheinende Offiziere versetzte man in die Reserve. Drei der 15 Parteien, die sich an der für den 25. April 1975 festgesetzten Wahl zur verfassung-

gebenden Versammlung beteiligen wollten, wurden suspendiert (PDC — Christlich Demokratische Partei, MRPP — Bewegung zur Reorganisation der Proletariatspartei und AOC — Allianz der Arbeiter und Landarbeiter). Der Generalsekretär der PDC, Major *Sanchez Osório*, war 36 Stunden nach dem Putschversuch nach Spanien geflohen. Die Partei konnte sich von dem Odium der Beteiligung am Umsturzversuch nicht mehr befreien. Die MRPP und die AOC hatten zu revolutionärer Gewaltanwendung aufgerufen.

Nach dem Ausschluß der genannten drei Parteien bewarben sich noch folgende 12 Parteien um Mandate für die verfassunggebende Versammlung:

CDS — Demokratisch-Soziales Zentrum

PSP — Sozialistische Partei Portugals

PPD — Demokratische Volkspartei (nichtmarxistische Sozialdemokraten)

PCP — Kommunistische Partei Portugals

MDP — Portugiesische Demokratische Bewegung

PPM — Monarchistische Volkspartei

FSP — Sozialistische Volksfront

MES — Bewegung der Sozialistischen Linken

PUP — Partei der Volksunion

FEC — Kommunistische Wahlfront

UDP — Demokratische Volksunion

LCI — Internationale Kommunistische Liga

Die Vorbereitung der *Wahl der verfassunggebenden Versammlung* entsprach nicht den Normen echter demokratischer Freiheit. Die Wahlversammlungen aller nichtmarxistischen Parteien wurden von den Kommunisten und ihrem Anhang ständig gestört. Parteikongresse und Wahlversammlungen wurden gesprengt. Dem Zentrum (CDS) z. B. war es praktisch unmöglich, die Parteiziele in großen Versammlungen dem Volk zu erläutern. Selbst die nichtmarxistische sozialdemokratische Volkspartei (PPD) mußte erhebliche Behinderungen durch kommunistische Elemente aller Schattierungen hinnehmen. Die PCP wandte die bereits erwähnte Doppelstrategie generalstabsmäßig an.

Die demokratische Willensbildung durch gewählte Vertreter wurde weiterhin noch eingeschränkt durch die Anfang April 1975 vom Revolutionsrat den Parteien mit der Aufforderung zur Zustimmung vorgelegte „Plattform des Einverständnisses“. Wichtigster Punkt dieser Plattform ist, daß der *Revolutionsrat* als eigentlicher Führungsapparat des Landes für mindestens fünf Jahre von der künftigen verfassunggebenden Versammlung institutionalisiert werden sollte. Aufgrund der Einwände mehrerer Parteien billigte die Vollversammlung der MFA einige geringfügige Korrekturen. 6 der 12 zu den Wahlen zugelassenen Parteien unterzeichneten daraufhin den „Pakt zwischen der Bewegung der Streitkräfte und den Parteien“.

Der *Verfassungsentwurf*, der in seinen Grundzügen bereits vor der Wahl der Versammlung, die ihn beschließen sollte, festgelegt war, sieht folgende Rang- und Machtstellung der einzelnen Staatsorgane vor:

1. Präsident der Republik
2. Oberster Revolutionsrat

3. Vollversammlung der Bewegung der Streitkräfte
4. Parlament
5. Provisorische Regierung
6. Gerichte

Der Entwurf garantiert dem *Revolutionsrat* für drei bis fünf Jahre den Verbleib an den Schaltstellen der Macht. Er besitzt *Richtlinienkompetenz* gegenüber Parlament und Regierung. Der Staatschef ist Präsident des Revolutionsrates und oberster Befehlshaber der Streitkräfte. Der starke Linksdrall in der Führung der MFA wurde in verschiedenen Erklärungen zu den anstehenden Wahlen erkennbar. Die „Bewegung“ gab bekannt, sie sei wegen der zufälligen Wahlergebnisse eines kaum aufgeklärten Volkes nicht bereit, ihre Rolle als Motor des revolutionären Prozesses zu verlieren. Die sozialistische Ausrichtung der Revolution müsse gesichert werden. Nur progressistische Parteien würden die Zukunft mitgestalten dürfen. Der „rote General“ des COPCON, Otelo Carvalho, erklärte sogar offen in einer Fernsehsendung, daß er es lieber sehe, wenn die Wahlen überhaupt nicht stattfänden.

Von den beiden linksorientierten Offizieren António Rosa Coutinho und Otelo Carvalho wurde eine Kampagne eingeleitet, die mit Hilfe von revolutionären Basisgruppen in Fabriken und Wohnvierteln eine Allianz zwischen dem Volk und der „Bewegung der Streitkräfte“ fördern sollte. Der Revolutionsrat forderte die Bevölkerung auf, bei den bevorstehenden Wahlen lieber weiße Stimmzettel abzugeben, als für eine Partei zu stimmen, deren Programm sie nicht völlig begriffen habe. Die Propaganda für diese Aktion, die auf eine Art Rätessystem hinauslief, wurde von der 5. Abteilung des Generalstabs, in der die politischen Aktivitäten der MFA konzentriert waren, betrieben. Die 5. Abteilung war unter der Leitung des „roten Admirals“ Rosa Coutinho für die sogenannten Dynamisierungs- und Aufklärungskampagnen verantwortlich. Sie gab das offizielle Sprachrohr der MFA heraus und steuerte die Diskussionen innerhalb der „Bewegung“.

In jener Zeit tauchten Meldungen über die Konstituierung einer „Demokratischen Bewegung der Streitkräfte“ (MDFA — Movimento Democrático das Forças Armadas) als Gegenbewegung zur MFA auf. Es handelt sich wahrscheinlich um eine Organisation der nach Spanien geflüchteten Portugiesen. Ob ihr auch aktive Offiziere angehören, läßt sich nicht nachweisen. In jüngster Zeit hat General Spínola erklärt, dieser Gruppe anzugehören.

Vor den anstehenden Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung versuchten die Kommunisten durch weitere Besetzung von Schlüsselpositionen mit Anhängern oder zumindest mit Sympathisanten, jedes Wahlergebnis bedeutungslos zu machen.

Die Wahlen am 25. April 1975 hatten dann folgendes Ergebnis:

- | | | | |
|-------|---------------|-----|--------------------------------------|
| 37,9% | (115 Mandate) | PSP | — Sozialisten |
| 26,4% | (80 Mandate) | PPD | — nichtmarxistische Sozialdemokraten |
| 12,5% | (30 Mandate) | PCP | — Kommunisten |

- | | | | |
|------|--------------|-----|----------------------------|
| 7,7% | (16 Mandate) | CDS | — Zentrum |
| 4,1% | (5 Mandate) | MDP | — Linkskommunisten |
| 0,8% | (1 Mandat) | UDP | — Demokratische Volksunion |

Es wurden knapp 7% leere (ungültige) Wahlzettel abgegeben und als Zeichen des Einverständnisses mit den Zielen der MFA gewertet.

Gegenzug der „Gemäßigten“

Nachdem bei der Abstimmung zumindest sichtbar wurde, daß die PCP, wie erwartet worden war, keine Mehrheit in Wahlen erreichen konnte, versuchten die Kommunisten im Zusammenwirken mit den linken Kräften der MFA wenigstens faktisch die ganze Macht im Staat zu erobern. Der Kommunistenführer griff nun auch die Sozialisten an und warf ihnen vor, sie wollten die Ausbeutung des Volkes durch die Monopole und großen Grundeigentümer zulassen. Auf der Maikundgebung im Nationalstadion von Lissabon wurde dem Sozialistenführer Soares von kommunistischen Ordnern der Zutritt zur Rednertribüne verwehrt, so daß nur der Staatspräsident Costa Gomes und der Kommunistenführer Álvaro Cunhal auftraten. Cunhal gebärdete sich so, als ob er nach der für ihn enttäuschenden Wahl die Mehrheit des Volkes vertreten würde. Der kommunistische Druck der Straße nahm ständig zu.

In diese Zeit (19. Mai 1975) fällt die *Besetzung des katholischen Senders Renascença* durch Kommunisten, die, als soziale Kampfmaßnahme getarnt, allein dazu diente, die mögliche starke Konkurrenz zum kommunistischen Meinungsmonopol auszuschalten. Unter dem gleichen Gesichtspunkt ist die Besetzung der Redaktion des Sozialisten-Blattes „Republica“ zu sehen. Fallschirmjäger und das COPCON verhinderten die „Rückeroberung“ durch Anhänger der Sozialistischen Partei. Erst dieses Ereignis bewirkte, daß der Marxist Soares, der seinen früheren Geographielehrer Cunhal zunächst als den natürlichsten Verbündeten zur Verwirklichung seiner sozialistischen Vorstellungen ansah, Bedenken gegen eine allzu gutgläubige Zusammenarbeit mit den Kommunisten bekam. Es wurde wieder einmal ein Schulbeispiel für die Aussichten einer Volksfront von Kommunisten und Sozialisten gegeben, die beide, von Marx ausgehend, die wirtschaftlichen Verhältnisse im Sinne des Marxismus ändern wollen, jedoch dann bei den Reflexen einer solchen Wirtschaftsordnung auf die politischen und die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht an der Tatsache vorbeikommen, daß die Kommunisten unter Hinweis auf Marx den Globalanspruch der Diktatur des Proletariats erheben, während die Sozialisten in Ermangelung eines Freiheitsbegriffs, der sich klar von der marxistischen „Einsicht in das Notwendige“ des dialektischen Prozesses abhebt, keine geistige Gegenkonzeption vorlegen konnten. (Die Verwirrung wird im Falle Portugals um so größer, als der

Marxist Soares die politischen Aktivitäten einer pluralistischen Gesellschaft möglichst nur auf linke Gruppierungen beschränkt sehen möchte.)

Die Sozialisten wurden nach der Besetzung der Republica-Redaktion gegenüber den Kommunisten kritischer. Als in der Frage der Freigabe der Zeitungsredaktion für sie keine günstige Entwicklung eintrat, machten sie diese Forderung zur Bedingung für eine weitere Mitarbeit in der Regierung. Am 22. Mai 1975 stellten die beiden sozialistischen Minister ihre Mitarbeit im Ministerrat bis auf weiteres ein.

Die Querelen innerhalb der Koalition führten schließlich am 11. Juli 1975 zum Austritt der Sozialisten aus der Regierung. Die Sozialdemokraten folgten den Sozialisten wenige Tage danach. Die Forderung nach einem Rücktritt von Ministerpräsident Gonçalves, der die Kommunisten unübersehbar unterstützte und gewähren ließ, wurde laut. Am 17. Juli 1975 löste der Staatspräsident die Regierung dann auf. In die MFA war inzwischen ebenfalls Unruhe gekommen. Neun führende Mitglieder der MFA um den früheren Außenminister *Melo Antunes* stellten öffentlich fest, daß ein tiefer Graben zwischen dem Volk und der „Bewegung“ entstanden sei. Sie beschuldigten eine kleine Gruppe, dafür die Verantwortung zu tragen, weil sie der Mehrheit des Volkes gegen dessen Willen revolutionäre Ideen aufzwingen wollte. Damit war General Vasco Gonçalves auch aus den Reihen der „Bewegung“ unter Beschuß geraten. *Melo Antunes*, dessen Dokument gegen die Machtübernahme durch die Kommunisten in der Truppe kursierte, wurde mit seinen Anhängern aus dem Revolutionsrat ausgeschlossen, der danach zu 60% in kommunistischen Händen war.

Als Ausweg aus der Uneinigkeit beschloß die Versammlung der MFA eine Konzentration der politisch-militärischen Macht in einem *Triumvirat*. An dieser Versammlung hatte die *Antunes*-Gruppe schon nicht mehr teilgenommen. Mitglieder des Dreierrats wurden die beiden linksorientierten Generäle Vasco Gonçalves und COPCON-Chef *Otelo Carvalho* sowie Staatspräsident *Costa Gomes*. Der Revolutionsrat hatte zunächst nur noch die Funktion eines beratenden Organs. Die tatsächliche Macht lag bei dem *Triumvirat*. Damit war ein Zustand erreicht, in dem die Kommunisten ihre Aktivität wohl überzogen hatten. Die politischen Spannungen und die sehr schlechte wirtschaftliche Situation erzeugten in der Bevölkerung den Willen zur Gegenaktion.

Das mühsame politische Ende des Vasco Gonçalves

Nach über dreiwöchiger Regierungskrise wurde am 8. August 1975 die *Fünfte Provisorische Regierung* vereidigt. *Melo Antunes* erhielt kein Ministeramt mehr. Ministerpräsident wurde zwar wieder General Vasco Gonçalves, der sofort scharfe Repressionsmaßnahmen zur Ver-

ankerung des Sozialismus ankündigte. Seine Stellung war jedoch angeschlagen. Selbst die linken Anhänger der direkten Volksdemokratie auf der Basis von Volksversammlungen (Rätedemokratie) um den COPCON-Chef *Carvalho* hatten bereits gegen die dirigistische KP-Strategie von Gonçalves, mit kleinen Elite-Kadern notfalls auch gegen den Willen der Mehrheit Revolution zu machen, Bedenken angemeldet. In der neuen Regierung waren die beiden Parteien mit dem höchsten Wahlergebnis bei der Wahl der verfassungsgebenden Versammlung nicht vertreten. So erklärte Staatspräsident *Costa Gomes* bereits bei der Vereidigung des Kabinetts, daß es sich lediglich um eine Übergangsregierung handele, mit der die Zeit bis zur Lösung der innenpolitischen Krise überbrückt werden solle.

Aufgrund der *permanenten Führungs- und Regierungskrise* hatten sich inzwischen die Machtverhältnisse langsam verschoben. Im Lande fanden mächtige Kundgebungen gegen die Kommunisten statt, die zum Teil zu Ausschreitungen und zur Zerstörung kommunistischer Parteibüros und bis zum Gebrauch von Schusswaffen führten. Die Welle des Protestes gegen den Machtanspruch der Kommunisten war im katholischen Norden des Landes besonders heftig. Die Kirche, die sich nicht noch einmal dem Vorwurf des ungenügenden Widerstandes gegen Menschenrechtsverletzungen und Diktaturen aussetzen wollte, forderte die Gläubigen in Predigten und Rundschreiben (vgl. dazu HK, Oktober 1975, 509) zu einem entschlossenen Auftreten gegen den Versuch der Machtübernahme durch die Kommunisten auf. Es kam zu mächtigen Demonstrationen in *Famalição*, *Braga*, *Porto*, *Coimbra* und in vielen anderen Orten. Die Kirche war plötzlich erwacht. Sie hatte das Stadium der Lethargie, in das ein Teil der Bistümer jahrzehntelang versunken war, überwunden. Bischöfe forderten die Gläubigen auf, auf die Straße zu gehen, um die Stunde der Tat nicht zu versäumen. Die Forderung nach Freigabe des katholischen Senders *Radio Renascença* wurde immer wieder erhoben. Das Bild hatte sich gewandelt. Es waren nicht mehr die Kommunisten, die die Versammlungen anderer Parteien sprengten, sondern umgekehrt mußten Kommunisten von dem Militär aus belagerten Versammlungsräumen befreit werden. In *Braga* z. B. konnten Marinesoldaten des COPCON die antikommunistischen Unruhen nicht mehr unter Kontrolle bringen. Die politische und militärische Führung vermied einen weitergehenden Einsatz der Streitkräfte, da sie sich der Loyalität der Einheiten nicht überall sicher war. Es herrschte ein bürgerkriegsähnlicher Zustand. Die Gruppe um den ehemaligen Außenminister *Melo Antunes*, die inzwischen wieder an den Sitzungen des Revolutionsrates teilnehmen konnte, drohte mit der gewaltsamen Entfernung von Ministerpräsident Gonçalves aus dem Amt, wenn dieser nicht von selbst zurücktrete. Die 5. Abteilung der Streitkräfte, die unter kommunistischem Einfluß stand, wurde stillgelegt. Die Auflösung war von Heeresstabschef *Fabião* bereits vorher

mit der Ablösung des Leiters für Politik und Propaganda in der 5. Abteilung eingeleitet worden. Sicherheitschef Carvalho verurteilte ebenfalls den von Gonçalves eingeschlagenen Kurs und verbot ihm den Zutritt zu den COPCON-Einrichtungen.

Der Machtkampf innerhalb der Streitkräfte, der sich um die Person des Ministerpräsidenten Gonçalves konzentrierte, endete schließlich mit seinem Rücktritt von der Regierung und dem Ausschluß aus dem Revolutionsrat am 5. 9. 1975. Zugleich verzichtete er auf den Posten des Generalstabschefs der Streitkräfte, der ihm zunächst von Staatspräsident Costa Gomes gegen den Willen der Mehrheit der Streitkräfte, vor allem aus dem Heer und der Luftwaffe, angetragen worden war.

Die Regierung Azevedo und die Querelen im Militär

Nachdem der Stein des Anstoßes in den Streitkräften, General Gonçalves, seiner Ämter enthoben war, beruhigte sich die Lage im Lande etwas. Nach langem Tauziehen zwischen Sozialdemokraten, Kommunisten und Sozialisten kam es dann am 19. September 1975 zu einer Regierungsbildung unter Vizeadmiral Azevedo (*Sechste Provisorische Regierung*). Von den 15 Kabinettsmitgliedern sind 5 Offiziere und 10 Zivilisten. Die Sozialisten stellen 4, die Sozialdemokraten 2 und die Kommunisten einen Minister. Die Offiziere haben die Schlüsselministerien, Äußeres, Inneres und Erziehung in der Hand. Melo Antunes wurde wieder Außenminister. Der Revolutionsrat wurde auf 19 Mitglieder reduziert.

Eine *unmittelbare* Gefahr der kommunistischen Machtergreifung mit stillschweigender Unterstützung durch die Regierung dürfte mit diesem Wechsel zunächst gebannt sein. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob es den gemäßigten Kräften im Lande gelingt, den Weg in eine pluralistische freiheitliche Gesellschaftsordnung offenzuhalten; denn das Ziel der Kommunisten, die Diktatur des Proletariats, besteht nach wie vor, und ihre extremistischen und rätedemokratischen Helfer unter den Soldaten, Offizieren und Zivilisten unterstützen sie dabei.

Das wird durch die zahlreichen Demonstrationen gegen die Regierung Azevedo insbesondere aus Anlaß der Besetzung von Rundfunk- und Fernsehstationen durch die Streitkräfte erneut deutlich. Ministerpräsident Azevedo hatte kurz nach seinem Amtsantritt die Funk- und Fernsehstationen zur Wiederherstellung einer ausgeglichenen Berichterstattung durch Truppen besetzen lassen. Die Sender waren fest in kommunistischer Hand. Die Maßnahme des Ministerpräsidenten wurde von allen nichtkommunistischen Kräften begrüßt und unterstützt. Die Kommunisten sahen jedoch ihre Stellung bedroht und gingen auf die Straße. Nachdem sich einige Truppeneinheiten in den Funkhäusern mit den kommunistischen Mitarbeitern verbrüdert und damit eine offene Befehls-

verweigerung begangen hatten, mußte die Maßnahme jedoch wieder zurückgenommen werden. Auch in anderen Zusammenhängen kam es zu Meutereien von Truppenteilen (z. B. in Porto).

Daher ist trotz der Tatsache, daß in dem umgebildeten und neu gewählten Revolutionsrat die gemäßigten Vertreter, zu denen auch Ministerpräsident Azevedo zählt, die Mehrheit haben, die Bedrohung durch Chaos und kommunistische Machtergreifung noch nicht beseitigt. Die Schwierigkeiten, mit denen die Regierung Azevedo zu kämpfen hat, werden durch folgende Ereignisse deutlich:

- Übergabe von Handfeuerwaffen aus Armeebeständen an militante linksextreme Gruppen;
- Demonstrationen von Angehörigen linksextremer Soldatenorganisationen;
- Disziplinlosigkeit in den Streitkräften;
- die Drohung des linken COPCON-Kommandanten General Carvalho, bei Einschlagen eines konterrevolutionären Kurses durch die Regierung in die Opposition zu gehen und seine Äußerung, daß die an linksextreme Gruppen übergebenen Waffen aus Armeebeständen sich in guten Händen befänden;
- organisierte Massendemonstrationen der Kommunisten.

Soweit jedoch der Beschluß des Revolutionsrates, eine „militärische Sondertruppe“ aufzustellen, die dem Staatspräsidenten unmittelbar unterstellt ist, zur Schaffung einer loyalen und schlagkräftigen Einheit der gemäßigten Offiziere führt, wird eine Eindämmung der kommunistischen Umtriebe möglich sein. Diese Entwicklung zeigt aber auch die tiefen Gegensätze in den Streitkräften und besonders das Mißtrauen der jetzigen militärischen Führungsspitze gegenüber dem COPCON. Typisch portugiesisch ist dabei das Fehlen einer Kompetenzabgrenzung zwischen COPCON und der neuen Sicherheitstruppe. Aber formale Normen können im Kampf gegen die Kommunisten vielleicht nur von Nachteil sein.

Ungewißheit über neue Ordnung

Aus der Darstellung des Ablaufs der Ereignisse in Portugal seit dem Umsturz vom 25. April 1974 ist ersichtlich, daß von Beginn der Revolution an verschiedene Kräfte nach Macht und Einfluß im Staate streben. Das wäre ein normaler und natürlicher Prozeß demokratischer Auseinandersetzung, der zu vernünftigen Kompromissen zwischen den Gruppen führen könnte, die imstande sind, eine tragfähige Mehrheit für eine geordnete und an den Bedürfnissen und Wünschen der betroffenen Menschen ausgerichtete Politik zu bilden. Die demokratische Willensbildung und Interessenwahrnehmung wird jedoch durch bestimmte Kräfte verhindert und gestört. Das ist der wahre Grund der Unordnung, die dadurch geschaffen wird, daß die „Bewegung der Streitkräfte“ mit dem Anspruch der Einführung der Demokratie den Umsturz her-

beigeführt hat, jedoch danach aus vielen Gründen nicht in der Lage war, den demokratischen Prozeß der Willensbildung und Willensdurchsetzung zu garantieren. Die „Bewegung“ hat zwar eine Ordnung, die von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr getragen wurde, beseitigen können. Sie hat aber noch keine Ordnung, die von der Mehrheit getragen wird, durchsetzen können. Die entstandene Lücke, in der sich ein politisch-rechtliches, wirtschaftliches und gesellschaftliches Chaos ausbreitete, ist die größte Gefahr für das Land. Es besteht Anlaß zu der Annahme, daß mit fremder Hilfe eine nicht gewünschte neue Ordnung der Bevölkerung oktroyiert werden soll, weil sie von einer sehr aktiven Minderheit mit allen Mitteln ohne Rücksicht auf Rechte und sogar das Leben anderer angestrebt wird. Die zur Zeit an dieser Auseinandersetzung beteiligten politischen Kräfte mit echter Einflußmöglichkeit sind die PCP mit ihrem Anhang, die PSP und die PPD. Darüber hinaus wirken noch die Streitkräfte, die jedoch in ihrer Zerrissenheit praktisch nur die parteipolitischen Strömungen widerspiegeln, und insbesondere die Kirche mit einer vom Glauben her festgefühten Ordnungsvorstellung auf die Entwicklung ein.

Die PCP versucht, wie bereits geschildert, mit Hilfe der altbekannten Methoden und den reichlich fließenden Moskauer Geldern die Diktatur des Proletariats und die kommunistische Weltrevolution unter sowjetischer Führung herbeizuführen. Das von ihr in diesem Kampf — so oft wie taktisch nützlich — angewandte Mittel der Herbeiführung eines Chaos setzt sie ohne Rücksicht auf das Wohl der betroffenen Menschen ein. Die von der PCP gesteuerten Streiks, die nach außen hin als Mittel zur Durchsetzung von zur Zeit nicht erfüllbaren Arbeitnehmerforderungen begründet werden, sind ebenso wie die Besetzung von Zeitungsredaktionen und Sendern in Wahrheit Maßnahmen mit politischer Zielsetzung. Die Kommunisten verkünden ihre Ordnungsvorstellung insbesondere im Süden des Landes als Ersatzreligion. Die Erkenntnis, daß dieser Ersatzglaube mit allen Konsequenzen in nichts durch die Erfahrung erhärtet wird, kann von den neuen Anhängern z. B. im entchristianisierten Alentejo noch nicht erwartet werden.

Der kommunistischen Gefahr kann die sozialistische Partei kein geistiges Gegengewicht entgegensetzen. Die dem Marxismus verhaftete PSP besitzt keine geschlossene anti-kommunistische Konzeption, auf der eine andere tragfähige Ordnung aufgebaut werden kann. Sie lehnt einerseits gewisse Konsequenzen der kommunistischen Lehre ab und will dem Menschen individuelle Freiheit zusichern, kann sich aber andererseits nicht von ihrer marxistischen Grundlage lösen, die verhindert, in wohlausgewogener Weise der Doppelnatur des Menschen (Individuum und soziales Wesen) gerecht zu werden. Klassendenken stiftet keine Friedensordnung, sondern eine Kampfordnung, es fördert keine Begegnung zwischen den Menschen in

menschlich-liebenswerter Weise, sondern Haß und letzten Endes unmenschliche Grausamkeit. Auf eine Definition der individuellen Freiheit in dem System, das der PSP vorschwebt, wird man noch lange warten müssen. Die von vielen Portugiesen in die PSP gesetzte Hoffnung auf eine Besserung der Zustände wird nur dann nicht enttäuscht werden, wenn diese Partei nach Aufdeckung ihrer begrenzten Möglichkeiten in der Praxis eines demokratischen Systems durch die Masse der Bevölkerung sich nicht zu marxistischen Zwangsherrschaftsideen hinreißen läßt, sondern eine Abwahl in demokratischer Weise akzeptiert.

In einer wesentlich besseren Position befindet sich hier die PPD. Sie lehnt die marxistische Lehre ab und verwirft deren untaugliche Methoden. Sie wird daher bei der Auslotung der Individual- und Allgemeininteressen unvoreingenommener die erforderlichen Lösungen anstreben. Soweit nichtkommunistische Aktivitäten ihren politischen Spielraum einengen, ist anzunehmen, daß die Partei ebenso wie das Zentrum (CDS) künftig ihre Anhängerschaft vergrößern wird. Eine bedeutende politische Einflußnahme in den bestehenden staatlichen Institutionen ist dem Zentrum z. Z. noch nicht möglich, da die Entfaltung dieser Partei, die z. B. mehr von einer Sozialbindung des anerkannten individuellen Eigentums hält als von einer Verstaatlichung, auf undemokratische Weise verhindert wurde.

Ein bedeutender Faktor für die künftige Entwicklung in Portugal wird weiterhin die Kirche sein. Sie hat ein geschlossenes freiheitliches Ordnungssystem, in dem der Ausgleich der Individual- und Gemeinschaftsinteressen vom Gebot der Nächstenliebe und nicht des Kampfes bestimmt wird. Diese Ordnungsvorstellungen, die besonders im katholischen Norden Portugals tief in der Tradition und dem ganzen Wesen und Empfinden der Menschen verwurzelt sind, können dem Kommunismus Einhalt gebieten. Wie die großen Versammlungen und Demonstrationen der Katholiken vor allem in Fátima und Braga gezeigt haben (vgl. HK, September 1975, 432 ff.), ist die Kirche entschlossen, der Herausforderung zu begegnen. Das Auftreten der Kirche ist heute ohne Zweifel von dem zur Zeit der Salazar-Diktatur verschieden. Die fundamentalen Menschenrechte wurden von den damaligen Machthabern zwar ebensowenig wie heute von den Kommunisten geachtet. Aber die Kirche war damals anders als heute nicht von einem überzeugt atheistischen System in ihrer Existenz bedroht. Das Erziehungs- und Informationssystem richtete sich seinerzeit nicht gegen die Kirche, sondern förderte sie in dem Maße, wie die politischen Institutionen des Staatsapparates nicht in Frage gestellt wurden. Das ist jetzt anders. Die atheistische Propaganda im Erziehungswesen, die Beanspruchung eines Meinungsmonopols durch die Kommunisten und die Herabsetzung der kirchlichen Würdenträger bedrohen die Zukunft der Kirche selbst. Sie muß sich entweder wehren oder verkümmern. Hinzu kommt der besondere Ruf an die por-

tugiesische Kirche zur Abwehr des Kommunismus durch die Erscheinungen in Fátima. Das ist die größte Hoffnung.

Die *Streitkräfte* scheiden als Ordnungsfaktor in Portugal wenigstens zur Zeit aus. Mit dem Sturz der alten Diktatur brachen auch ihre eigengesetzlichen Ordnungsvorstellungen zusammen. Eine von politischen Vorstellungen und Ideologien unbeeinflusste militärische Ordnung kann sich nur auf der Grundlage der allgemeinen Anerkennung etwa einer hypothetischen Grundnorm, wie sie der Rechtspositivismus von Kelsen vertritt, halten. Wenn die Grundnorm, daß man den Anordnungen bestimmter Menschen gehorchen soll, deren Befehle sich regelmäßig durchsetzen,

wie heute in den portugiesischen Streitkräften nicht mehr gilt, muß ein anderes Prinzip anerkannt werden, oder die Militärgewalt bricht zusammen. Wie die ungestraften Meutereien der letzten Wochen zeigen, ist der letztere Fall eingetreten. Die Armee ist nur noch ein Reflex der verschiedenen Parteiideologien. Sie kann erst wieder dann ein Ordnungsfaktor werden, wenn sich eine ideologisch kohärente Gruppe zu einem schlagkräftigen Kern zusammensetzt und den übrigen Teilen den notwendigen Respekt abfordert, der durch Sanktionen gegen Unbotmäßigkeiten unterstrichen wird. Zur Zeit steht noch nicht fest, welche Strömung hier den entscheidenden Einfluß ausüben wird.

Karl-Josef Schollmeyer

Kenia: Strahlende Fassade - ernüchternde Realität

Die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Gastgeberlandes der 5. Vollversammlung des ÖRK

Oberflächlich betrachtet, gilt Kenia auch heute noch als das politisch stabilste und wirtschaftlich entwickeltste Land Ostafrikas, als Vorbild für alle anderen Entwicklungsländer und als touristischer Leckerbissen für italien- oder spanienmüde europäische Urlauber. Die Hauptstadt Nairobi hat sich zum Wirtschafts- und Verkehrsknotenpunkt in Afrika entwickelt. Das 1973 eröffnete, nach dem Präsidenten benannte Kenyatta-Kongresszentrum zog vor zwei Jahren Weltbank und Weltwährungsfonds zu ihren Jahrestagungen an, vom 23. November bis 10. Dezember wird es Schauplatz der 5. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen sein. In einer kurzen Einführung im Rahmen der Vorbereitung der Vollversammlung charakterisierte der afrikanische Theologe *John S. Mbiti* den Tagungsort knapp mit folgenden Sätzen: „In vieler Hinsicht ist Nairobi, die Hauptstadt Kenias in Ostafrika, ein Spiegelbild des afrikanischen Kontinents und der heutigen Welt im kleinen. Es ist eine Stadt großer Kontraste, enormer Reichtum besteht neben bitterster Armut. Hochentwickelte moderne Kommunikationsmethoden konkurrieren mit traditionellen, westliche Medizin gibt auf die einen Probleme Antwort, während die afrikanische Heilkunst andere löst. Hier sieht man Christen, Muslime, Juden, Hindus, Bahais und Anhänger der traditionellen afrikanischen Religion Seite an Seite miteinander leben und arbeiten.“

Diese Fakten sind unbestreitbar, doch spiegeln sie nur einen Teil der Realität Kenias 1975 wider. Daß der junge Staat „voller Leben und Dynamik“ und entschlossen ist, „sich den Forderungen und Schwierigkeiten der modernen Welt zu stellen“, könnte ebenso aus einem Regierungsamtlichen Werbeprospekt stammen wie der auch hier wieder

verbreitete Slogan von der „politischen Stabilität und wirtschaftlichen Prosperität“. Nichts also von Unterdrückung der Opposition, von politischen Morden, von wirtschaftlicher und finanzieller Überfremdung, von unglaublicher Bereicherung einer kleinen Führungsschicht auf Kosten der Masse der Bevölkerung, nichts von Stammesrivalitäten und Stammesegoismus (statt dessen ein Hinweis auf den Rassismus im südlichen Afrika). Hier bedarf das offizielle Bild unbedingt einer Korrektur.

Der Mythos gerät ins Wanken

Unbestreitbar hat der schon fast legendäre Präsident *Jomo Kenyatta* durch seine lange auch von politischen Rivalen anerkannte Rolle als „Baba Wa Taifa“, als Vater der Nation, zu der Kontinuität der Entwicklung des Landes seit Erlangung der Unabhängigkeit am 12. Dezember 1963 beigetragen. Der frühere Motor der *Unabhängigkeitsbewegung Mau-Mau*, der an der London School of Economics und in Moskau seine Ausbildung erhielt, der nie etwas für sozialistische Wirtschaftsdoktrin übrig hatte und sich trotz Verurteilung zu zehn Jahren Zwangsarbeit durch die Engländer 1953 (nach sechs Jahren wurde er freigelassen) nach der Unabhängigkeit für eine gütliche Einigung mit Großbritannien einsetzte und seine Autobiographie über die Zeit des Widerstandskampfes bezeichnenderweise „Leiden ohne Bitterkeit“ betitelte, lenkt seit 1963 die Geschicke des Landes — zunächst nach britischem Parlamentarismus-Modell, in letzter Zeit mehr und mehr autoritär. Der in der Tagespresse allgemein als „Mzee“, der Alte, bezeichnete, inzwischen etwa 83jährige Präsi-